# NÜRNBERGER ZEITUNG
# FRÄNKISCHER KURIER

20 Nürnberg

Preis 1,40 €


Straßenausbaubeiträge

## Anlieger und Stadt einigen sich auf einen Kompromiss

Von Clara Grau

**Wenn die Stadt Nürnberg Straßen erneuert und einen Teil der Kosten auf die Anwohner umlegt, kommt es häufiger zu Streit. Gestern zogen Anwohner der Wallensteinstraße vor das Verwaltungsgericht in Ansbach und klagten gegen Straßenausbaubeiträge. Am Ende einigten sich Hauseigentümer und Stadt auf einen Kompromiss.**

Werner und Renate Kammerer, Norbert und Hildegard Vatter und Günter Hessenauer fühlten sich ungerecht behandelt. Für die Erneuerung der Wallensteinstraße, an der sie Haus und Grund besitzen, sollten sie Beträge zwischen 1500 und etwas über 8000 Euro zahlen. Den Eignern des Wallensteincenters flatterte eine Rechnung über fast 70 000 Euro ins Haus. Ihre Straße sei eine wichtige und vielbefahrene Verkehrsachse in der Stadt. Dass nun nur 40 Anlieger für die Sanierung nach dem U-Bahn-Bau zur Kasse gebeten wurden, hielten Kammerer und seine Mitstreiter für falsch und zogen vor das Verwaltungsgericht. Auch das Kommunale Abgabengesetz (KAG), auf dessen Grundlage die Stadt die Bescheide verschickt, halten die Anlieger für verfassungswidrig.

Der Vorsitzende Richter der 3. Kammer des Ansbacher Verwaltungsgerichts, Rainer Stumpf, erklärte den Klägern beim gestrigen Verhandlungstermin, dass sie ja nur 30 Prozent der umlegbaren Kosten zu tragen hätten, da ihre Grundstücke an einer Durchgangsstraße liegen. In Seitenstraßen, die fast ausschließlich von Anliegern genutzt werden, müssten die Grundstücksbesitzer 80 Prozent zahlen. „Die unterschiedlichen Sätze in der Satzung drücken eine unterschiedliche Nutzung aus", erläuterte Richter Stumpf.

### Bescheid ist nicht haltbar

Generell hält das Gericht die Abrechnung nach dem KAG für richtig. „Es besteht grundsätzlich Beitragspflicht", so Rainer Stumpf. Allerdings habe die Stadt bei ihrer Berechnung einen zu kurzen Abschnitt der Wallensteinstraße für ihre Berechnungen zugrunde gelegt. „Die Stadt Nürnberg macht es in vielen Fällen richtig. In diesem Fall ist der Bescheid aber nicht haltbar", meinte der Richter. Alle anderen Argumente der Nürnberger Hausbesitzer, das machte der Kammervorsitzende klar, seien für diesen Rechtsstreit nicht relevant.

Er und seine Kollegen empfahlen einen Kompromiss: Die Kosten werden auch auf die Grundbesitzer umgelegt, die zwischen Konstanzen- und Rothenburger Straße ansässig sind. Diese blieben bislang von Zahlungsaufforderungen verschont. Sie müssen nun mit Bescheiden rechnen. „Der Betrag bleibt in der Summe bestehen, dividiert sich aber durch eine höhere Grundstückszahl. Es wird für Sie billiger", erklärte Rainer Stumpf den Klägern. Konkret können die Klageführer mit einer Ermäßigung von 25 Prozent rechnen. Da sowohl die klagenden Anlieger als auch die Stadt Nürnberg mit dem Kompromiss leben können, wurde der Rechtsstreit beigelegt.

„Ja, mir Zuckerrübenbauern halten zsamm, wall mir Zuckerrüben zu verkaafn hamm", so ein westmittelfränkisches Liedlein. Vielleicht ist Erntewetter heute: Es bleibt trocken bei 8 bis 10 Grad. Nachts frostfrei.

**www.nz.de**
**www.nz.de/blogs**
**www.franken-wiki.de**

Heute mit der Sonderbeilage „Mach mal Urlaub"

Heute lesen Sie:


**Kleine NZ: Die Obamas bleiben im Weißen Haus**

Barack Obama bleibt Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Malia und Sasha haben den Wahlsieg ihres Papas gefeiert. Die Familie wird auch die nächsten vier Jahre im Weißen Haus in Washington wohnen. (Die Kleine NZ S. 6)

**Klagende Anwohner müssen weniger zahlen**

Wenn die Stadt Nürnberg Straßen erneuert und einen Teil der Kosten auf die Anwohner umlegt, kommt es immer wieder zu Streit. Anwohner aus der Wallensteinstraße einigten sich vor Gericht auf einen Kompromiss. (Nürnberg S. x)

**Nürnberger Autor lässt Hitler wiederkehren**

Sogar auf die Bestsellerlisten hat es Timur Vermes geschafft. Er


Bestand betrug aber 98 Milliarden Euro. 2012 haben wir mit 5,2 Milliar-

KÖLN/NÜRNBERG Die größte